



Wertvoller Wissenspreis in Breslau 1½ Thir., Wochen-Wissenspreis
5 Sgr., außerhalb incl. Porto 2½ Thir. — Insertionsgebühr für den Raum
einer sechsheligen Zeile in Beitragschrift 2 Sgr., Reklame 5 Sgr.

Exhibition: Herrenstraße Nr. 20. Überreichen übernehmen alle Post-
Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 420. Mittag-Ausgabe.

Fünfundfünzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Krenzelt.

Mittwoch, den 9. September 1874.

Deutschland.

Berlin, 8. September. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Hafenbau-Inspector Baurath Bleek zu Memel den Roten Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife verliehen.

Se. Majestät der König hat die Gebrüder Johannes Curt George und Paul Bartel Georg Edward Schmidt zu Berlin unter dem Namen: „Schmidt von Johnson“ geahndet; und den Staatsanwalt a. D. Wagner in Oppeln, sowie die Regierungs-Assessoren Pehlemann in Königsberg, Schmidt, z. B. in Berlin, Kolbe in Posen und Walter in Breslau zu Regierungen ernannt.

Dem Civil-Ingenieur Robert Gottheil zu Berlin ist unter dem 5. September 1874 ein Patent auf eine Vorrichtung an Manometern zur Anzeige, wie oft ein gewisser Druck überschritten wurde, ertheilt worden.

Berlin, 8. September. [Se. Majestät der Kaiser und König] gedenken Sich, nach den bisherigen Dispositionen, am Freitag, 11. d. Ms., Morgens 8 Uhr mittelst Extrazuges der Berlin-Potsdamer Eisenbahn über Kreuzen und Cassel nach Friedberg zu begeben, wo Allerhöchsteselben bei Sr. Königlichen Hoheit dem Großherzoge von Hessen das Logis nehmen werden. Am Sonnabend, den 12., findet Truppenbesichtigung statt. Am Sonntag, Morgens 9½ Uhr, erfolgt die Abreise Sr. Majestät mittelst Extrazuges nach Hannover, wo Allerhöchsteselben im Königlichen Residenzschloß absteigen. Am Montag, den 14., findet große Parade vor Sr. Majestät und Nachmittags um 4 Uhr Gala-Diner bei Allerhöchsteselben statt. Am Dienstag werden Corpsmanöver, am Mittwoch Truppenbesichtigungen abgehalten, woran sich am Donnerstag, Freitag und Sonnabend Feldmanöver anschließen. Am heutigen Tage erfolgt nach dem Dejuner Nachmittags um 2 Uhr von Hannover die Abreise mittelst Extrazuges nach Kiel, wo Sr. Majestät Abends 8 Uhr 10 Minuten eintreffen und im Schlosse Logis nehmen werden. Am Sonntag begeben Sich Sr. Majestät nach Beendigung des Gottesdienstes um 12 Uhr per Dampfschiff nach Friedrichsort zum Torpedo-Exercitium und um 2 Uhr per Dampfschiff nach Ellerbeck zur Besichtigung des dortigen Etablissements. Um 2½ Uhr erfolgt der Ablauf des neu erbauten Schiffes. Darauf gehen Sr. Majestät per Schiff nach Düsseldorf und nehmen das Diner im Hotel de Bellevue. Nachmittags um 5 Uhr erfolgt die Abreise Sr. Majestät von Altona per Extrazug und am Montag, den 21. früh 1 Uhr, die Ankunft in Berlin.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] wurde auf dem Bahnhofe in Hannover von dem Vorstande und den Mitgliedern des Vaterländischen Frauenvereins empfangen. Allerhöchsteselbe dankte huldreich für die großen Leistungen dieses Zweigvereins. Nach dem Diner reiste Ihre Majestät die Kaiserin nach Eisenach ab und von dort zu Wagen nach Schloss Wilhelmsthal. (Reichsanzeiger.)

○ Berlin, 8. September. [Die Reise des Kaisers nach Italien. — Die spanischen Angelegenheiten. — Zolleinnahmen.] Die „Post“ sieht sich jetzt selbst veranlaßt, ihre früheren Mittheilungen betreffs der Reise des Kaisers zu berichtigen. Sie sagt, die Reise sei nie wirklich beabsichtigt gewesen, versichert aber nun, sie sei allerdings wahrscheinlich; doch hänge die Entschließung des Kaisers von dem Gutachten ab, welches die Ärzte nach Beendigung der Herbstmanöver abgeben würden. Diese Mittheilung ist offenbar so zu verstehen, daß der Kaiser den Wunsch gehegt hat und auch noch hegt, den Besuch des Königs von Italien, sobald die Umstände es gestatten, zu erwiedern. Augenblicklich aber liegen eben die Dinge noch nicht so, daß auch nur von einer Wahrscheinlichkeit in Bezug auf die Erfüllung dieses Wunsches mit Gewißheit gesprochen werden könnte. — Die spanischen Angelegenheiten haben den politischen Kreisen von Neuem Stoff zu Besprechungen zugeführt; eine gewisse Sensation ist durch die Vorgänge an der Nordküste Spaniens erregt worden. Die Nachricht, daß die deutschen Kanone, „Albatros“ und „Nautilus“ von den Carlisten beschossen worden sind, wird offiziell bestätigt. Richtig ist ebenfalls, daß die deutschen Schiffe das Feuer der carlistischen Batterien erwidert und dann ihre Fahrt nach Santander fortgesetzt haben. Man muß aber mit Rücksicht auf die eigentümlichen Verhältnisse Spaniens diesen Vorgang als einen zufälligen betrachten, an welchen sich aller Wahrscheinlichkeit nach weitere Consequenzen nicht knipsen werden. In einem gewissen Gegensatz zu diesen Nachrichten steht ein aus Spanien eingehender Bericht über den Empfang, welcher den Vertretern Deutschlands und Österreichs bei ihrer Reise nach Madrid von der Bevölkerung zu Theil geworden ist. Es befindet sich damit, daß die Spanier im Act der Anerkennung von Seiten der Executivgewalten Europas eine bedeutsame Handlung und einen Wendepunkt in der politischen Stellung ihres Landes erblicken. Dabei wird man aber wohl auf zwei Punkte zu achten haben: Die Regierung Serrano's gewinnt unzweifelhaft dadurch an moralischem Halt im Innern des Landes selbst, aber auch das ist wichtig, daß eine von Europa anerkannte Regierung nicht nur bei ihren politischen und militärischen Operationen einen größeren Rückhalt gewinnt, sondern auch bei ihren finanziellen Operationen. — Der deutsche Gesandte am italienischen Hofe, Herr v. Kneudell, ist gestern Abend von Varzin hier angekommen. — Eine Reihe von Mandaten erledigt: durch den Tod des Abgeordneten v. Mallinckrodt der Wahlkreis Steinfurt-Haus, durch die Amtsbevörderung des Abgeordneten v. Heeremann-Zuidwyk der Wahlkreis Münster-Gössfeld, durch den Tod des Kreisgerichts-Directors Schulz zu Herford der Wahlkreis Halle-Herford, durch die wegen Unregelmäßigkeiten kassirte Wahl des Abgeordneten Warburg der Kreis Altona, durch den Tod des Abgeordneten Jordan der hannoversche Wahlkreis Lübeckburg. Das Ergebnis dieser Neuwahlen dürfte nach wahrscheinlicher Berechnung das folgende sein: Wiederwahl des Abg. v. Heeremann-Zuidwyk und Warburg, Erziehung v. Mallinckrodt's und Jordans durch einen Abgeordneten von gleicher ultramontaner resp. nationalliberaler Parteistellung; im Wahlkreis Halle-Herford wird voraussichtlich ein harter Kampf zwischen den Candidaten der Nationalliberalen (Realschul-Director Ostendorf in Düsseldorf) und dem der Fortschrittspartei (Reichstagsabgeordneten Küster) stattfinden.

D. R. C. [Die Errichtung des Reichs-Justizamts] als einer neuen Reichsbehörde ist, wie wir bereits früher erwähnten ganz unzweifelhaft und wird diese neue Behörde mit dem 1. Januar 1875 definitiv in Kraft treten. Nach dem Stat, welcher jetzt in dem Reichskanzleramt zusammengestellt wird, wird das Reichs-Justizamt die vierte Abteilung des Reichskanzleramts bilden. Die erste Abteilung bildet bekanntlich die Postverwaltung, die zweite ist die Telegraphenverwaltung, die dritte die Abteilung für Elsaß-Lothringen und die vierte wird nun das Reichs-Justizamt werden.

■ Berlin, 8. Sept. [Spanien.] — Der Eisenacher Congr. — Dr. Friedenthal. — Die Presse. — Meiningen.

Das Rencontre unserer Kanonenboote, bezw. des „Albatros“, mit den Carlisten vor Guataria ist ähnlich beklagt. Man schien hier (in Erinnerung der Affaire des Capitain Werner) Anfangs die Bejognis zu hegen, daß unsere braven Marine-Artilleristen etwas zu hitzig gewesen seien und den Streit selber provocirt haben könnten; auch die hiesigen Morgenblätter behandelten das Ereignis mehr oder weniger noch mit behutsamer Vorsicht. Doch haben, wie verlautet, die eingelaufenen Depeschen dargethan, daß Alles correct und ohne Provocation von unserer Seite vor sich gegangen ist, und ist sonach kein Grund mehr vorhanden, der den loyalen Bürger im Ausdruck seiner Freude zu hindern vermöchte. Weitere Folgen wird der Vorgang zunächst wohl nicht haben, doch dürfte er die Carlisten darüber belehren, daß es der deutschen Regierung mit ihrer Demonstration Ernst ist, und wenn die Madrider Regierung, wie es den neuesten Nachrichten zufolge den Anschein hat, wirklich zu größerer Energie sich auftreffe, so kann eine entscheidende Wendung nicht lange ausbleiben. Thut auch Frankreich seine Schuldigkeit — und es kann kaum anders, als dem deutschen Beispiel zu folgen — so muß, aller Berechnung nach, der Carlistische Aufstand endlich dort erdrückt werden und in Ermangelung neuer Hilfsquellen, wenn die salten ausgezehrzt sind, versiechen. Die neuerdings gemeldete Zusammenkunft der Bourbonischen Prinzen im Lager des Don Carlos, von denen der Herzog von Parma schon öfter genannt worden ist, da von ihm dem Präsidenten wiederholt bedeutende Geldunterstützung zugeslossen sind, ist für die Sache selber von keiner Bedeutung; höchstens wird durch sie die Katastrophe tragischer werden. Die letztere ist jetzt, wenn keine unvorhergesehene Wendung eintritt, nur noch eine Frage der Zeit. — Wie verlautet, wird im unmittelbaren Anschluß an den Kathedersocialisten-Congress zu Eisenach noch eine zweite Verhandlung stattfinden, die von München aus durch Dr. G. Hirth und Genossen angeregt worden ist. Es soll nämlich das Thema der Reichseinkommensteuer unter Betheiligung der Mitglieder des „Vereins für Socialpolitik“ einer eingehenden Besprechung unterzogen werden, und hat man die ursprüngliche Absicht, zu diesem Behufe eine besondere Versammlung in Berlin anzuberaumen, wieder ausgegeben, weil man glaubt, gerade in Eisenach bei Gelegenheit der dortigen Versammlung der Kathedersocialisten einen geeigneten Zeitpunkt für die in Rede stehenden Verhandlungen zu finden. Es ist dies allerdings umso mehr zutreffend, als der „Verein für Socialpolitik“ bekanntlich selbst in sein diesjähriges Programm das Thema der Personalbesteuerung aufgenommen hat; ob aber der Verein als solcher an den Verhandlungen der Münchener Herren sich beteiligen wird, ist fraglich. Vermuthlich wird dies indes wohl ein Theil der Mitglieder desselben aus freiem Entschluß thun, und da nun aller Voraussicht nach die Steuersfrage auf dem Congresse selbst den Haupttheil der Verhandlungen bilden wird, so dürfte dies Gebiet unter Hinzurechnung des 3. Tages in großer Aussführlichkeit besprochen und beleuchtet werden. Das Münchener Comite hat die Absicht, die Einführung einer Reichseinkommensteuer unter Beiteiligung der Matrikelbeiträge zu empfehlen, ein Vorschlag, dem vermutlich auch eine Anzahl der hervorragendsten Mitglieder des „Vereins für Socialpolitik“ im Prinzip zustimmen wird. — Die Nachricht von der zu erwartenden Ernennung des Dr. Friedenthal zum Minister der landwirtschaftlichen Angelegenheiten gewinnt immer mehr an Halt; in wohl informirten Kreisen glaubt man an dem Zustandekommen der eingeleiteten Verhandlungen nicht mehr zweifeln zu dürfen. Dagegen will ein hiesiges Blatt wissen, es sei eine Stockung eingetreten, weil Dr. Friedenthal die Uebernahme des Ministeriums der landwirtschaftlichen Angelegenheiten davon abhängig mache, daß dasselbe durch Zuweisung der bisher vom Finanzministerium reservierten Domänenverwaltung eine Ressorterweiterung erfahre. — Der gestern auf's Neue in einem hiesigen Blatte gemachte Versuch, der politischen Polemik durch Nennung des Namens eine persönliche Spize zu geben, erregt vielfach Kopfschütteln. Wir halten es nicht für empfehlenswerth, französische Zustände bei uns einzuführen und jeden Redakteur oder Publicisten dem auszusezen, daß er event. mit der Waffe in der Hand seine Artikel vertreten soll. Glücklicherweise hat bis jetzt unsere Presse — Ausnahmen bestätigen nur die Regel — stets den Takt bewiesen, der unter gebildeten Leuten üblich ist, und die maßlosen Auslassungen irgend eines Hitzkopfes oder Raufboldes sanden bei ihr keinen Raum; möge es doch auch in Zukunft so bleiben! — Das Brandungstück, von welchem die Stadt Meiningen betroffen worden ist, begegnet in hiesigen Kreisen vieler Theilnahme. In der Presse waren es zuerst die „Nordd. Allg. Ztg.“ und die „Nat. Ztg.“, die noch in ihren gestern Abend erschienenen Nummern Auseuse zu Sammlungen veröffentlichten; heute folgen auch die übrigen Blätter nach, und bereits beginnen sich die Sammelblätter mit namhaften Beiträgen zu füllen.

N. L. C. [Im preußischen Abgeordnetenhaus] sind zur Zeit eine Reihe von Mandaten erledigt: durch den Tod des Abgeordneten v. Mallinckrodt der Wahlkreis Steinfurt-Haus, durch die Amtsbevörderung des Abgeordneten v. Heeremann-Zuidwyk der Wahlkreis Münster-Gössfeld, durch den Tod des Kreisgerichts-Directors Schulz zu Herford der Wahlkreis Halle-Herford, durch die wegen Unregelmäßigkeiten kassirte Wahl des Abgeordneten Warburg der Kreis Altona, durch den Tod des Abgeordneten Jordan der hannoversche Wahlkreis Lübeckburg.

Das Ergebnis dieser Neuwahlen dürfte nach wahrscheinlicher Berechnung das folgende sein: Wiederwahl des Abg. v. Heeremann-Zuidwyk und Warburg, Erziehung v. Mallinckrodt's und Jordans durch einen Abgeordneten von gleicher ultramontaner resp. nationalliberaler Parteistellung; im Wahlkreis Halle-Herford wird voraussichtlich ein harter Kampf zwischen den Candidaten der Nationalliberalen (Realschul-Director Ostendorf in Düsseldorf) und dem der Fortschrittspartei (Reichstagsabgeordneten Küster) stattfinden.

D. R. C. [Die Errichtung des Reichs-Justizamts] als einer neuen Reichsbehörde ist, wie wir bereits früher erwähnten ganz unzweifelhaft und wird diese neue Behörde mit dem 1. Januar 1875 definitiv in Kraft treten. Nach dem Stat, welcher jetzt in dem Reichskanzleramt zusammengestellt wird, wird das Reichs-Justizamt die vierte Abteilung des Reichskanzleramts bilden. Die erste Abteilung bildet bekanntlich die Postverwaltung, die zweite ist die Telegraphenverwaltung, die dritte die Abteilung für Elsaß-Lothringen und die vierte wird nun das Reichs-Justizamt werden.

[S. M. Brigg „Rover“] ist am 4. d. Ms. von Plymouth nach Kiel in See gegangen.

Homburg, 8. September. [Nach Beendigung der Brigade am 10. d. Ms.] kehrte der Kronprinz des deutschen Reichs und von Preußen gestern Nachmittag hierher zurück und übernachtete im Hotel Duamler. Heute haben die Truppen Rasttag. Um 11 Uhr wird sich der Kronprinz nach der Burg Sickingen begeben und Nachmittags die Stadt Zweibrücken besuchen.

Böhm, 5. September. [Presprozeß.] Heute fand vor dem hiesigen Kreisgericht eine sehr interessante Verhandlung gegen den Landrat a. D. v. Schröter statt. Derselbe hat sich wegen Preß-Vergehens, begangen durch Veröffentlichung zweier Artikel in der „Westf. Volks-Ztg.“, zu verantworten. In dem einen Fall hatten der Reichskanzler und der deutsche Botschafter in Rom, Herr v. Kneudell, den Antrag auf gerichtliche Verfolgung gestellt, weil Baron v. Schröter in einem am 16. Januar in der „Westf. Volks-Ztg.“ veröffentlichten Artikel die Behauptung vorgebracht hatte, die seiner Zeit vielbeschriebene päpstliche Bulle Apostolicae sedes munus sei auf Betreiben des Fürsten Bismarck und durch Veranstaltungen des Herrn v. Kneudell mittels schmieriger Werkzeuge derselben „aus dem Vatican entzweit“ worden. An einer Stelle des Artikels ist sogar ausdrücklich das Wort „Documentendiebstahl“ gebraucht. Über die Autorität des Artikels konnte kein Zweifel sein, da der mitangeklagte Herr Blum, der Redakteur der „Westf. Volks-Ztg.“, dem Untersuchungsrichter die törichte naive Erklärung gemacht hatte, er wolle vorerst den Verfasser nicht nennen, man möge erst beim Baron v. Schröter anfragen. Außerdem hatte auch ein Seiger der Druckerei, in der die „Westf. Volks-Ztg.“ erscheint, mit Bestimmtheit die höchste charakteristische Handschrift des Barons recognoscirt. Da beide Angeklagte vorgezogen hatten, nicht zur Verhandlung zu erscheinen, so wurde, der „Elb. Ztg.“ zufolge in contumaciam gegen sie verfahren, und Baron Schröter auf Grund des § 185 des Presgefeges zu einer Gefängnisstrafe von 6, Herr Blum als Redakteur wegen Theilnahme an den Vergehen nach den §§ 185 und 186 zu 4 Wochen Gefängnisstrafe und beide zur Tragung der Kosten verurtheilt. Außerdem beschloß der Gerichtshof die Vernichtung der incriminierten Nummer und die Veröffentlichung des Urtheils in der „Westf. Volks-Ztg.“. Herr Blum, der sich gerichtetliche Verhandlungen seiner sonstigen publicistischen Unternehmtheit stark zu entzieren pflegt, hatte zwar in der Voruntersuchung zu seiner Rechtfertigung erklärt, er habe gerade dasjenige Allianz des Artikels zufällig vor dem Abruck nicht gelesen, in dem das böse Wort „Documentendiebstahl“ vorkam; da aber auch der sonstige Inhalt des Artikels die Beschuldigung der „Ecscamotage“ zweifellos enthielt, so imponierte diese Aussicht dem Gerichtshof durchaus nicht. Die zweite Anklage hatte ein noch arboreres Interesse darin, daß der Prozeß laut Erwägung eines deutschen Bundesfürsten, des Königs von Bayern, angestrengt war. Demselben wollte bekanntlich im Monat Juli v. J. die Deputation einer ultra-montanen Versammlung eine Adresse mit sehr nachdrücklichen Vorstellungen gegen die Luth'sche Kirchenpolitik überreichen. Der König lehnte es aber ab, diese Deputation zu empfangen und ließ sie zur schriftlichen Einreichung der Adresse auffordern. Diese Thatsthefe verwarf der Baron v. Schröter zu einem recht pittoresken Leitartikel für die „Westf. Volks-Ztg.“, unter dem Titel: „Zur Taktik des Liberalismus in Baiern“, in dem er unter vielen andern für König Ludwig unangenehme Dingen denselben vorwarf, er leise zu jeder Stunde dem Liberalismus willig sein Ohr, habe aber nicht ein paar Minuten übrig, um die „Stimme des Volkes“ zu hören, er zeige sich überhaupt der Kirche abhold, überließere dieselbe dem Berraath und der Empörung und arbeite so an ihrem Untergang, sowie an der Vernichtung Baierns und seiner eigenen Dynastie. Als Mitangeklagter des Baron v. Schröter fungirte diesmal nicht hr. Blum, sondern hr. Stoffels aus Düsseldorf, der während der Abwesenheit des ersten die Geschäfte eines Verlegers und Redakteurs für das genannte Blatt befragt hatte, sich aber dadurch zu exculpiren suchte, daß er angab, er habe den incriminierten Artikel erst nach dem Abruck gelesen, als es bereits zu spät war, die Aussage der betreffenden Nummer des Blattes noch zu inhibiren. Er sei auch nicht tatsächlich, sondern nur nominell Redakteur gewesen, die Redaktionsgeschäfte habe Herr Fising verrichtet, der als Zeuge mit Herrn Blum vorgezogen, wie dieser aber, auch nicht erschienen war (wofür beide befallsig zu 10 Jahren Ordnungsstrafe verurtheilt wurden). Der Gerichtshof erkannte gegen Baron von Schröter auf 3 Monate Gefängnisstrafe, gegen Herrn Stoffels auf 25 Jahr. Geldbuße, da ihm nur nachgewiesen werden könnte, daß er von ihm als Verleger und Redakteur obliegende Pflichten für den Inhalt des Blattes (§ 35 des früheren Presgefeges) vernachlässigt habe. Die Prozeßkosten haben beide Angeklagte gemeinsam zu tragen. Der angeführte Paragraph des Strafgesetzes läßt bekanntlich auch die mildere Zeitungstrafe zu. Der Gerichtshof sah aber in Erwägung der Umstände von dieser weniger harten Sühne ab.

Kassel, 6. September. [Der Oberst a. D. von Cornberg] hatte am 20. September v. J. den Auftruf zur Gründung eines Unterstützungsfonds für die renitenten, ihrer Aemter verlustig gehenden Geistlichen mitunterzeichnet. Nachdem darauf das hiesige Consistorium die sämtlichen Unterzeichner dem Cultusminister als „particularistische, gegen die Regierung des Staates agitrende, vormals hessische Beamte“ bezeichnet hatte, wurde gegen v. Cornberg im December v. J. eine Untersuchung verhängt. Das Urtheil des Ehrengerichts erfolgte am 1. August d. J. und ging dahin, daß er durch jene Unterzeichnung eine Handlung begangen habe, welche den Verhältnissen des Offizierstandes zuwider und deshalb mit der Enfernung aus dem bisherigen Wohnort zu bestrafen sei. Diese Strafe hat der Kaiser fürstlich dahin umgewandelt, daß die Handlung mit einer Warnung zu bestrafen sei; zugleich aber wurde die Versetzung mit der bisherigen Pension in den Ruhestand verfügt. Cornberg sollte sich freuen, so glimpflich davon gekommen zu sein, er hat sich jetzt aber an das Consistorium gewandt und, ähnlich wie neulich Bilmär II., „Beweise“ für die Behauptung seiner staatsfeindlichen Agitation verlangt. Vom Ergebnis der Untersuchung gegen die übrigen Unterzeichner, meistens hohe Beamte aus der kurfürstlichen Zeit, verlautet noch nichts.

Leipzig, 5. Sept. [Briefwechsel.] Bekanntlich hatte in der Sitzung der zweiten Kammer vom 19. Mai Abg. Sachse gesagt: Abg. Biedermann habe 1866 Briefe ins Land versandt, worin er zur Annexion an Preußen aufgefordert. Abg. Biedermann erklärte darauf sofort: er erwarte von der Ehrenhaftigkeit des Abg. Sachse, daß derselbe entweder ihm einen solchen Brief zeigen oder, wenn er dies nicht könne, bekennen werde, er habe die Unwahrheit gesagt. Dieser Aufruf ist Abg. Sachse auch, nachdem ihn Abg. Biedermann nochmals deshalb in öffentlicher Kammeröffnung interpelliert, nicht nachgekommen. Jetzt nun hat, wie die „D. A. Z.“ mittheilt, derselbe an den Abg. Biedermann folgende Zuschrift gerichtet:

An Herrn Professor Dr. Biedermann in Leipzig. Um den verlangten Nachweis zu liefern, daß Sie im Jahre 1866 noch während der preußischen Occupation unseres Vaterlandes Derartiges geschrieben haben, wie ich in der Kammeröffnung vom 19. Mai d. J. behauptete, benenne ich Ihnen die Herren Amtshauptmann v. Hausen in Zwickau und Professor Richter in Tharand als Gewährsmänner, welche beide meine Behauptung als Zeugen bestätigen werden.

Freiberg, 19. August 1874. Sachse.
Darauf hat Abg. Biedermann erwidert:
An Herrn Stadtrath Sachse in Freiberg. In einer Zuschrift an mich, die mir, weil ich von Leipzig abwesen, verspätet zuging, verlangten Sie den verlangten Nachweis für die in der Kammeröffnung vom 19. Mai d. J. wider-

mich öffentlich erhobene Beschuldigung dadurch zu führen, daß Sie „die Herren Amtshauptmann v. Hausen und Professor Richter als Gewährsmänner benennen“ welche beide „Ihre Behauptung als Zeugen bestätigen werden“. Sie haben in jener Kammerstirzung mir öffentlich Schuld gegeben, ich hätte 1866 „Briefe ins Land versandt, in denen ich zur Annexion an Preußen aufforderte“.

Ich habe darauf erklärt: ich erwarte von Ihrer Ehrenhaftigkeit, daß Sie mir einen solchen Brief zeigen oder, wenn Sie dies nicht könnten, beleben würden, Sie hätten die Unwahrheit gesagt. Dieses Verlangen, welchem Sie weder während der Landtagssession — trotz meiner nochmaligen Interpellation an Sie in öffentlicher Kammerstirzung — noch seitdem nachgekommen sind, noch in gegenwärtiger Zuschrift nachkommen, ist gewiß vollkommen begründet. Wenn derartige Briefe von mir, wie Sie behaupten, existieren, so müssen Sie doch in der Lage sein, einen solchen produzieren, oder mindestens mir jemand nennen und eventuell gegenüberstellen zu können, der im Besitz eines solchen wäre. Das Zeugnis der von Ihnen benannten Herren, wie jedes andere, würde die Geltung des von mir verlangten Nachweises nur dann erlangen, wenn es dahin führte, entweder einen solchen Brief in natura zur Stelle zu schaffen, oder den Empfänger eines solchen zu sistieren. So lange dies nicht geschieht, hat eine bloße Behauptung jener Herren nicht mehr beweisende Kraft als Ihre eigene. Ich muß daher nach wie vor für eine wirtschaftliche Lieferung des schuldigen Nachweises in der obenbezeichneten Weise Ihre Ehrenhaftigkeit in Anspruch nehmen.

Grund im Harz, 30. August 1874.

Biedermann.

△ Freiburg, 6. September. [Altatholiken-Congress] Erste Delegirten-Versammlung. Heute früh 8½ Uhr wurde in der Universitätskirche durch den Pfarrer C. Höhler von Erlangen Hochamt und Predigt gehalten, und darauf gegen 10½ Uhr in dem Kauhaussaal die erste Versammlung eröffnet, zu der sich über 150 Delegirte eingefunden hatten.

Der Präsident des Freiburger Comite's, Kreisgerichtsrath Leiblein schlug den Herrn Geh.-Rath v. Schulte aus Bonn als Präsidenten vor; der Vorschlag wurde von der Versammlung einstimmig angenommen, obchon Geh.-Rath v. Schulte um die Wahl eines Andern bat. Auf seinem Vorschlag wurden zu Vice-Präsidenten gewählt Appell.-Geh.-Rath Dr. Petri aus Wiesbaden und Professor Huber aus München, zu Schriftführern Kreisgerichtsrath Martin von Freiburg, Dr. Winzer aus Luzern und Dr. Birgigel aus München. Die auf den früheren Congressen angenommene Geschäftsordnung wurde auch für den diesjährigen Congress genehmigt. Professor Michelis hebt hervor, daß der hejige Congress in sofern von den früheren verschiedenen sei, als jetzt die organisatorischen Aufgaben theils abgeschlossen, theils der Synode überwiesen seien. Der Präsident verweist auf einen darauf bezüglichen Antrag.

Präsident v. Schulte erstattet Bericht über die wichtigsten Ereignisse seit dem vorigjährigen Congress; er erwähnt u. A. Folgendes: Die Synodal- und Gemeindeordnung sei durch die einstimmige Annahme von Seiten des Constanzer Congresses und der Ende Mai zu Bonn gehaltenen Synode definitives Resultat der deutschen Altatholiken geworden, für das innenkirchliche Gebiet.

Der Constanzer Beschluß über die Unions-Verhandlungen sei in Ausführung gebracht worden durch die Bildung von zwei Commissionen für die Verhandlungen mit der englischen und der griechischen, deren Vorsitzende Siftsprobst v. Döllinger und Professor Langen seien. Zur weiteren Fortsetzung der Unionsverhandlungen werde in Folge einer Anregung Döllinger's eine Conferenz von Theologen der verschiedenen christlichen Bekennniße am 14. September zu Bonn stattfinden.

Die zu Constanz gebildeten beiden Fonds für Theologie-Studirende und für dienstunfähige Geistliche seien von der Synodal-Deputationsverwaltung verwaltet worden. Es seien für dieselben ziemlich bedeutende Summen in Constanz gesammelt und aus einigen Gemeinden, sowie aus England und Amerika eingetauscht worden; es sei aber sehr wünschenswerth, daß für beide Fonds weitere Beiträge in den Gemeinden gesammelt würden. In Bonn seien im verflossenen Jahre 12 altatholische Theologie-Studirende immatrikuliert gewesen, 5 Deutsche, 5 Schweizer und 2 Holländer; 2 derselben, ein Preuse und ein Schweizer, seien zu Priestern geweiht worden. Über den jetzigen Stand der altatholischen Bewegung könne auf den in den Beschlüssen der Bonner Synode abgedruckten Bericht verwiesen werden. In Baden sei die Durchführung des Altatholiken-Gesetzes im Gange und es zeige sich, daß hier die Bewegung sehr große Fortschritte gemacht habe; es sei zu wünschen, daß man sich durch kleine Schwierigkeiten nicht irre machen lasse. Auch die Visitationss- und Firmungskreise des Bischofs durch Deutschland habe gezeigt, ein wie günstiger Boden für die altatholische Bewegung überall vorhanden sei. Schließlich wurde mit warmen Worten der im Laufe des Jahres verstorbene hervorragende Altatholite gedacht, namenlich des Bonner Professors Hilger.

Der katholische Bischof von Harlem und die anglikanischen Bischöfe von Lincoln und Albany haben sich durch Schreiben entschuldigt, daß sie der Einladung zu dem Congresse nicht Folge geleistet.

Von Köln aus ist der Entwurf eines Altatholiken-Gesetzes nach Analogie des badischen eingetragen worden. Der von dem Cöln-Central-Comite bestellte Referent Advoct-Anwalt Riffart zieht denselben zu Gunsten der folgenden gedruckt vertheilten Resolutionen zurück:

„Die Altatholiten halten, wie sie bereits auf den früheren Congressen erklärt haben, fest an ihren Ansprüchen auf das Kirchenvermögen, und verlangen vom Staate Schutz in ihren Rechten.“

„Sie beabsichtigen nicht, andere an der Feier des Gottesdienstes zu hindern und verlangen deshalb nur die Theilung in der Benutzung der Kirchen, Kirengeräthe, Pründen und Beneficien unter billiger Berücksichtigung der Seelenzahl der beiden Parteien.“

„Dieses Zahlenverhältniss kann nur durch das Resultat einer Abstimmung der in den einzelnen Gemeinden wahlberechtigten Katholiken über die Frage, ob sie die in der Constitution vom 18. Juli 1870 ausgesprochenen Sätze über die Unfehlbarkeit und Allgewalt des Papstes anerkennen, festgestellt werden.“

„Der Staat, welcher die Verpflichtung hat, die Altatholiken in ihren Rechten zu schützen und denselben einen entsprechenden Anteil an dem Kirchenvermögen zu sichern, hat daher auch die Pflicht, eine solche Abstimmung auf Antrag überall dort anzuordnen, wo die Rechte der Altatholiten verletzt werden.“

Advoct-Anwalt Riffart motiviert diese Resolutionen und hebt besonders hervor, daß es ein unlogisches und ungerechtes Verfahren sei, wenn bei der Feststellung des Zahlenverhältnisses der Altatholiken zu den Neutatholiken von der ersten und nicht von der letzten eine formale Erklärung verlangt werde.

Mit Rücksicht darauf beantragt Dr. Petri den 3. Absatz in folgender Weise deutlicher und schärfer zu formulieren:

„Die Stärke der neutatholischen Partei kann nur durch das Resultat einer Abstimmung der in den einzelnen Gemeinden wahlberechtigten Katholiken über die Frage, ob sie die in der Constitution vom 18. Juli 1870 ausgesprochenen Sätze über die Unfehlbarkeit und Allgewalt des Papstes anerkennen, festgestellt werden, weil eine kirchliche Partei in einem dogmatischen Streite durch Abstimmung über eine Negation überhaupt nicht festgestellt werden kann.“

Professor Michelis macht darauf aufmerksam, daß die von den Neutatholiken eingehaltene Präzis, die den Altatholiken zum Mitgebrauche eingeräumten Kirchen zu verlassen, auch nach römisch-katholischen Grundsätzen durchaus unberechtigt und lediglich ein Agitationsmittel sei.

Dr. Petri motiviert sein Amendement, indem er nochmals darauf hinweist, daß nach der jetzigen Abstimmungen üblichen Praxis alle Indifferenzen den Neutatholiken zugezählt würden.

Staatsanwalt v. Berg von Freiburg erklärt sich gegen das Amendement. Es sei auch unbillig, die Indifferenzen den Altatholiken zuzählen.

Herr Seiffert aus Berlin: Es müßt durch gesetzliche Maßregeln angeordnet werden, daß jeder in so wichtigen kirchlichen Fragen Partei ergreifen müsse.

Professor Knodt hält es für nötig, die Abstimmung so einzurichten, daß die Zahl der entschiedenen Altatholiken und Neutatholiken im Unterschiede von den Indifferenzen konstatirt werde. In ähnlichem Sinne und für Beibehaltung der ursprünglichen Fassung des dritten Absatzes spricht Bankrat Reich aus Wiesbaden. Für das Amendement Petri sprechen Anwalt Dr. Höhler von Freiburg und Bischof Dr. Reinhard. Letzterer hebt hervor, daß es sich ja nicht darum handle, die Indifferenzen in religiöser Beziehung zu den Altatholiken zu zählen, sondern um das bloße Rechtsverhältniss bezüglich des Kirchenvermögens, und in dieser Hinsicht sei es nicht unbillig, diejenigen, welche sich nicht ausdrücklich für die neuen Dogmen erklärt, zu Gunsten der Altatholiken mit in Ansatz zu bringen. Aehnlich äußert sich Oberamtsrichter Beck von Heidelberg.

Petri vertheidigt nach dem Schlusse der Discussion nochmals sein Amendement, indem er die juristische Seite der Frage betont und hervorhebt, daß es auch zu den Aufgaben des Altatholizismus gehöre, die Masse der Indifferenzen für Christenthum und Kirche wieder zu gewinnen.

Zu dem ersten Absatz beantragt Professor Michelis den Zusatz:

„Sie erklären, daß das Kirchenvermögen der Gemeinde gehöre, und ver-

werfen den Satz, daß das Kirchenvermögen der Kirche in abstracto, d. h. nach römischer Ansicht, dem Parthe zugehöre.“

Bankrat Reich hält es für bedenklich, durch eine solche Declaration eine juristische Controverse entscheiden zu wollen.

v. Schulte stimmt diesem Bedenken zu.

Zu dem zweiten Absatz beantragt Michelis den Zusatz:

„Das durch den römischen Nuntius zu München den deutschen Bischöfen aufgedrängte Vorgeben, der Simultangebrauch der Kirchen mit den Altatholiken sei für sie canonisch unerlaubt, ist nichts als ein kirchlich unberechtigtes Agitationsmittel zur Einschüchterung der Staatsregierung, wie der Menge der nicht unterrichteten römischen Katholiken.“

Ein Discussion über dieses Amendement findet nicht statt. Bei der Abstimmung wird der erste Absatz der Resolutionen angenommen, desgleichen der von Professor Michelis beantragte Zusatz in der Fassung:

„Sie erklären, ohne juristische Fragen entscheiden zu wollen, daß das Kirchenvermögen der Gemeinde gehört, unbeobachtet wohl erworbener bestehender Rechte, sie verwerfen den Satz u. s. w.“

Auch der zweite Absatz wird mit dem von Michelis beantragten Zusatz angenommen, dann mit großer Mehrheit der dritte Absatz in der von Petri amendirten Fassung, und fast einstimmig der vierte Absatz.

D e s t r e i c h .

Prag, 8. Septbr. [Ankunft des Kaisers in Prag.] Schon von Mittag an war gestern die reich geschmückte Stadt von dichten Reihen der festlänglich gekleideten Menschenmenge durchwogen. Von 2 Uhr Nachmittags an erblühten in allen Straßen die Klänge von Musik-

Kapellen, welche die in ihre Aufstellung ziehenden Vereine begleiteten. Gegen 1/4 Uhr Nachmittags war die Aufstellung in größter Ordnung bewerkstelligt. Die Ankunft des Kaisers verzögerte sich um 50 Minuten über die bestimmte Zeit. Im Franz Josephs-Bahnhof hatten sich zum Empfang des Kaisers Erzherzog Ludwig von Toscana, der Commandirende in Böhmen, F.M. Freiherr von Phillipovich, der Statthalterei-Vizepräsident, Freiherr von Riegershofen, der Oberstallmeister des Kaisers, F.M. Graf Grüne und die Generäle Dahlem und Bouquo, der Herr Hofrat und Polizeidirector Cihlarz, der Bürgermeister von Prag, Herr Hulesch, mit dem größten Theile der Gemeindevertretung (die Herren Palachy und Rieger trugen ihre russischen Orden an Bändern um den Hals), ferner die Bürgermeister von Karolinenthal und Pankraz mit den Gemeinde-Räthen eingefunden.

Die Mehrzahl von diesen Herren war in Trac und Cylinderhüte erschienen, einige jedoch in Camara. Außerdem waren noch beim Empfang Deputationen von Offizieren der drei Prager bewaffneten Bürgercorps anwesend. Auf dem Perron stand eine Ehrenkompanie mit Fahne und Musik. Um 4 Uhr 45 Minuten erblühten von Wytschrad her Pöllerschlüsse, als Zeichen, daß Se. Maj. diese Station passirt hatte, und fünf Minuten darauf brauste der Hofzug aus dem Tunnel. Die Ehrenkompanie präsentierte das Gewehr und die Musikkapelle stimmte die Volkshymne an. Zugleich brachen die Anwesenden in „Hoch-“ und „Slava“-Rufe aus, welche so lange wiederholt wurden, bis der Kaiser den Hoffsalonwagen verlassen hatte und auf eine Handbewegung von ihm die Musik verstummt war. Se. Majestät trug die Generalsuniform und schritt sogleich auf den Hen. Erzherzog Ludwig von Toscana zu, reichte ihm die Hand und begrüßte ihn, worauf der Statthalterei-Vizepräsident Freiherr von Riegershofen den Bürgermeister der Hauptstadt Prag, Herrn Hulesch, vorstellte.

Die tschechische Anrede, mit welcher Herr Bürgermeister Hulesch Se. Majestät begrüßt, lautet in deutscher Uebersetzung:

„Eure kais. und königl. apost. Majestät:“

Im Namen der gesammelten Bevölkerung Prags, der ersten Stadt des Königreichs Böhmen, bewillommne ich Eure kais. und königl. apost. Majestät:“

Von ungefeinster Freude sind wir ergrissen, daß es uns wieder

vergönnt ist, das durchlauchtigste Antlitz unseres allernädigsten Kaisers,

Königs und Herrn zu schauen, für den wir immer die reinsten Gefühle der

Ergiebenheit und Treu bewahren. Und deshalb empfangen Eure Majestät

unsren herzinnigen Dank für die so hohe Ehre, mit welcher Allerhöchst

dieselben die Bevölkerung Prags zu beglücken geruhen.“

Und deutsch fügte der Herr Bürgermeister hinzu:

„Gott segne Eure kaiserliche und Königliche Apostolische Majestät.“

Der Kaiser erwiderete hierauf ebenfalls in tschechischer Sprache:

„Ich danke Ihnen Herr Bürgermeister für Ihre herzliche Begrüßung.“

Meine landessfürstliche Fürstige ist stets dem Wohle meiner Landeshauptstadt Prag lebhaft zugewendet, deshalb freue ich mich auch einige Zeit in der

Mitte ihrer Bewohner verbleben zu können. (In deutscher Sprache fortlaufend.) Empfangen Sie, lieber Herr Bürgermeister, sowie die übrigen Herren

der Prager Vertretung, die Versicherung meiner kaiserlichen Huld und Gnade.“

Hierauf wendete sich der Monarch zu dem Kriegsminister, Gen.

G. Baron Koller und bestätigte die Ehren-Companie. Der Kaiser begab sich sodann mit Allerhöchstseiner Suite in den Hoffsalon.

In Begleitung Sr. Majestät befanden sich der Statthalter Freiherr

von Weber, der Herr Kriegsminister Gen. d. Cav. Baron Koller, der

Herr Landesverteidigungs-Minister Horst, die General-Adjutanten Gen.

Maj. v. Mondel und Beck und fünf Flügeladjutanten. Nach wenigen

Minuten verließ der Kaiser den Hoffsalon und bestieg die bereitstehende

sechspannige Hofequipage. Als der Kaiser sichtbar wurde, erscholl sofort

ein nicht endenwollendes Jubelgeschrei von den vor dem Bahnhofe auf-

gestellten Vereinen und Genossenschaften des Karolinenthaler Bezirkes,

welches sich in und durch die Stadt fortspanzte und erst auf dem

Pradtschne endete. Dem Kaiserlichen Wagen voraus fuhr der Bürger-

meister und der Statthalter. Die Fahrt erfolgte im kurzen Trabe.

Die Jubelruhe waren endlos und die Volkshymne erklangte an 10

bis 20 Orten zugleich. An der Triumphalpforte des Handelsstandes

ließ Se. Majestät halten und hielt der Präsident der Handels- und

Gewerbeakademie verleugnet sich niemals, der Despotismus hat sich

umgestaltet, d. h. erneuert, und hat den Ort gewechselt, d. h. ver-

stärkt; das militärische Kaiserthum hat zum gothischen Kaiserthum ge-

führt und ist von Frankreich nach Deutschland übergetreten. Da liegt

jetzt das Hindernis. Alles, was gemacht worden ist, muß wieder zu

Nicht gemacht werden. Unheilvolle Nothwendigkeit. . . . Der Friede ist

immer die Zukunft, aber er ist nicht mehr die Gegenwart. Die ganze

gegenwärtige Lage ist ein düsterer und dumpfer Haß. Der Haß für die

empfangene Obrigkeit. Wer ist geohrfeigt worden? Die ganze Welt. Ein

Schlag in Frankreichs Gesicht treibt allen Völkern die Schamröte ins

Antlitz. Die Mutter ist beleidigt worden. Daher der Haß. Haß der Be-

liebigen gegen die Sieger, aller ewiger Haß, Haß der Völker gegen die

Könige, denn die Könige sind die Sieger, deren Siege die Völker sind!

gegenseitiger Haß und ohne andere Lösung als das Duell. Duell zwischen

zwei Nationen? Nein, Frankreich und Deutschland sind Schwestern, aber

Duell zwischen zwei Prinzipien, zwischen dem Republik und dem Kaiserthum.

Die Frage ist gestellt: einerseits die germanische Monarchie, andererseits die

Vereinigten Staaten von Europa, der Zusammenstoß der beiden Prinzipien

ist unvermeidlich, und schon jetzt unterscheidet man in der sieben Zukunft die

beiden Schlachtrünen, auf der einen Seite alle Königreiche, auf der anderen

alle Vaterländer.“

Lassen wir die „tiefe Zukunft“ mit ihren Schlachtrünen vorerst für</

sähen bekannte, hat die Candidatur für den Generalrat endgültig angenommen. Das Blatt „La Corse“ enthält ein Schreiben desselben, worin er den Wählern von Corsica aufträgt, daß seine Ergebenheit für die Witwe Napoleons III. ihm eine Pflicht daraus macht, seine Candidatur gegen die des Prinzen Napoleon aufzustellen. Um die Candidatur des Prinzen Charles zu unterstützen, wird in Ajaccio unter der Direction Jollivet's ein neues Blatt gegründet werden.

Spanien.

San Sebastian, 3. Septbr. [Ueber die beiden deutschen Kriegsdampfer an der spanischen Nordküste] schreibt man der „K. 3.“ von hier:

Die waderen Jungs von unseren beiden Kriegsdampfern haben sich in San Sebastian prächtig vergnügt. Viel zu reden gab's freilich nicht, weil „der Spanische gar tau laudervolisch ist“, aber man fühlte den sympathischen Empfang, behielt sich mit der Zeichensprache und fraternisierte bald. Die Mizzeletas in ihren kurzen blauen Röcken mit den breiten, über die Arme fallenden Krägen und den rothen Hosen gingen Arm in Arm mit unseren Theerjaden und zeigten ihnen die Kirchen und andere Merkwürdigkeiten der Stadt. Die Unteroffiziere aber hatten sofort ein Café Suijo ausfindig gemacht, in dem zwar kein Deutsch gesprochen wurde, aber eine schöne junge Tochter war von den Formen einer Niedendame. „Sehen Sie, dies Geschäft ist erst vierzehn Jahre alt! So was kann och nur in Spanien passiren“, bemerkte mir einer der Herren, der sich bei Belfort das Eisernen Kreuz erworben hat. Sie kamen gerade von einer Besichtigung des Forts auf dem Monte Orgullo zurück und waren nicht sonderlich erbaut von dem, was sie gesehen. „Nee, hieß es, „is das eine Kriegsführung? Sehen Sie, da stehen die Kerle auf allen Bergen und guden in die Stadt hinunter. Wären wir hier, Herr Doctor! Sehen Sie, noch heute wollten wir hinauf und die Kerle sollten heute Abend auf der Wache sind. Und an der anderen Seite. Dort ins Land hinein, werfen sie Schanzen auf, graben und kommen und gehen mit Ochsenkarren. Da mühten wir doch unsere Kanonen haben! Wir wollten sie wegblasen mit sammt ihren Karren. Nee, das is keine Arbeit nicht! Das ist ein Gier-Krieg. Sie bewerben sich mit Eiern und brauchen nicht einmal Städte.“ Auch die Haltung auf der Parade fand keinen Beifall. „Da trägt jeder sein Gewehr wie er will! Bei uns sieht man nur Eine Flinte. Aber das geht hier wie lauter Sabatotcher. Und die Soldaten und Offiziere bummeln ja den ganzen Tag herum!“

Auch die Regimentsmusik fand wenig Beifall, was den Leuten nicht zu verdenken ist. Besser behagte ihnen schon die Scenerie bei derselben auf der schwäbigen Promenade am hübschen Quai, denn bei dem ersten Takte der Musik hoben hier sämtliche Kinderwärterinnen ihre kleinen hoch empor und lassen sie auf der rechten Hand balancirend sich rhythmisch nach rechts und links bewegen. Das macht sich ganz reizend und sieht aus wie ein Tanz einer ganzen Sammlung der allerliebsten Marionetten.

Über den schönen und warmen Empfang, den die Einwohnerschaft von San Sebastian den Commandanten und Offizieren unserer Flottille bereit hat, ist bereits in der Kürze berichtet worden, da dieses Ereignis einen be- merkenswerthen politischen Hintergrund hat. Es sollte der bestimmte Ausdruck der Sympathie für das Deutsche Reich und der von demselben eben so klar wie entschlossen eingenommenen Stellung in dem großen Cultukampfe der Gegenwart sein. Die dem Carlismus abholden Sebastianer und guipuzcoanischen Flüchtlinge wollten zeigen, daß sie die Politik unseres großen Staatsmannes zu würdigen vertheilen und im neugeborenen Deutschen Reich einen natürlichen Bundesgenossen im Kampfe gegen die culturfeindlichen Regungen des alle Länder beunruhigenden Ultramontanismus erkennen. Zugleich aber sollte die Demonstration einer verborgenen Stadel gegen Frankreich haben, gegen das der durch die hartnäckige Unterstüzung der schmählichen Carlist-Aufstandes erregte Hab gewaltig gährt. Man begreift das, namentlich in dieser Stadt, wo sich nicht weniger als vierhundert Familien befinden, die aus der Provinz wegen ihrer liberalen Gesinnung vor den Carlisten haben flüchten müssen, ihr Hab und Gut geplündert seien und die vollständige Verachtung ihres Wohlstandes beschlagen. Die Guipuzcoaner sind nicht gewohnt, ihre Gesäß zu maskieren. Ihr Wesen hat noch viel Ursprüngliches an sich. Ihre Freundschaft ist, obwohl oft genug belohnt, aufrichtig und hingebend, ihr Haß gegen den, der ihnen Unrecht thut, glühend und rücksichtslos. Von allen Seiten hörte man bedauern, daß der kurze Aufenthalt, den unsere Flottille im Hafen der Stadt zu nehmen beabsichtigte, nicht verstattezt, ein recht großartiges Fest zu veranstalten. Was aber geboten wurde — eine geistige Zusammenunft nebst Ball im Gesellschaftssaale des neuen Theaters —, war glänzend genug. Man hatte Ehren halber den französischen Consul und den Commandanten der kleinen Ortsflamme im Hafen von Palma eingeladen, aber in der Hoffnung, daß die Herren nicht kommen würden, die Wüste des Deutschen Kaisers mit den Farben des Reichs und die Namen der gloriosen Siege aus dem vorigen Kriege zur Decoration des Saales verändert. Als die französischen Herren indessen ernstlich zugesagt haben, wurde das alles rasch auf Seite geschafft. Unsere Offiziere wurden gebeten, in einfacher Uniform zu kommen, da auch die Damen „in hohen Kleider“ erscheinen würden. Die letzteren erschienen allerdings gegen alle Verabredungen in großer Toilette, aber diese kleine Verlegenheit war bald überwunden. Der glänzende Saal mit dem glatten Parquetboden und den hübischen Fresken an den Wänden glänzte von tausend Lichtern. Ein kleines Orchester spielte die Tänze, lauter ausserlesene deutsche und eine eigens in der Cile komponierte „deutsche Polka“. Wenn die Tanzmusik schwieg, drangen von draussen die gedämpften Klänge eines auf der Straße aufgestellten großen Orchesters in den Saal, die Unterhaltung belebend, ohne sie zu stören. Brigadier Barcaiteguay, geborener Basle, wie der Name zeigt, und Commandant des Kriegsdampfers „Leon“, wahrte in Gemeinschaft mit einem Comite aus den Honoratioren der Stadt die Ehren des Festes. Die Gäste, namentlich unsere beiden Capitäne und die vier dienstfreien Offiziere, waren Gegenstand der ausgeschicktesten Aufmerksamkeit und hatten die zierlichen Tanzlärmchen in Nu mit den Namen der schönsten Tänzerinnen bedeckt. Die Guipuzcoanerinnen aber, ganz eigene Wesen mit deutscher Gesichtsbildung, tiefdunkle schwärmerischen Augen und läppigem spanischen Haarmuchs, zeigten eine weit über spanisches Maß hinausgehende Sprachkenntniß und lachten den deutschen Cavalierern mit englischer und französischer Unterhaltung entgegen. Sofort nach den ersten Begrüßungen stellte sich die heraldische Unbefangenheit ein. Die Herren Capitäne begeisterten durch eifriges Tanzen und gewinnende Gasparietterie, wie gewöhnlich, die jüngeren Herren, und als am ausnehmend appig bestellten Buffet der Champagner geflossen war, schien alle Verchiedenheit der Sprache und Anfassungen verschwunden zu sein. Die beiden französischen Uniformen waren unsichtbar geworden, und ein Redner steuerte sogar auf einen Toast auf Sedan zu, wurde aber schnell erinnert, daß noch andere Franzosen vorhanden seien, und lenkte mit einer tüchtigen Wendung in den großen Hafen der allgemeinen Böllerverbrüderung ein. Mein Nachbar aber, ein großer Fabrikant aus Alzey, flüsterte mir zu: „Was die Politik betrifft, so glauben Sie mir Eins: eine Intervention wünschen wir unserem Lande nicht, aber wenn noch einmal ein Krieg mit Frankreich kommt, so mögen die Franzosen zuziehen, daß sie sich die Pyrenäen decken.“

Belgien.

Brüssel, 5. September. [Die Internationale,] welche seit geraumer Zeit nichts von sich hören ließ, wird hier — so schreibt man der „K. 3.“ — am 7. I. M. ihren 7. Arbeiter-Congréß abhalten. Der Schluss der Berathungen ist auf den 13. September anberaumt. Das Programm enthält nachfolgende Fragen:

1) Wer soll dem öffentlichen Dienst der neuen sozialen Einrichtung vorstehe und wie soll derselbe ausgeführt werden? 2) Ueber die politische Rolle der Arbeiterklasse. 3) Empfiehlt es sich nicht, daß der gegenwärtige Universal-Congréß ein Manifest an sämmtliche Arbeiter und Arbeitervereine richtet, um denselben den Charakter der im Schoße der Internationale stattgefundenen Kämpfe und die Grundlagen klar zu legen, auf welchen die Organisation unseres Vereines beruht? 4) Empfiehlt es sich nicht, eine einzige Sprache für den Briefwechsel zwischen den Abtheilungen zu wählen?

Trotz der Dauer der Versammlung wird es vorderhand noch nicht zu der Neorganisation der Gesellschaft kommen. Haben doch zahlreiche Einflüsse den Verein zu dem Schatten seiner früher wirklichen oder vermeintlichen Bedeutung herabgedrückt. Zwar versuchten die Föderalisten in 1873 mittelst des Genfer Congrès die ihrem früheren Führer Karl Marx abtrünnig gewordenen Internationalisten von neuem zu einem von dem nach New York übergesiedelten Generalrat vollständig unabhängigen Bunde zu vereinen, doch konnten die neuen auf dem damaligen Congrès ausgearbeiteten Statuten den fortwährenden Rückgang der Mitgliederzahl nicht verhindern. So z. B. besteht manche Abtheilung nur auf dem Papiere und zählt Belgien zur Zeit nur noch im Ganzen ungefähr zweihundert Mitglieder. Freilich bezieht sich dies nur auf die Internationale, wie dieselbe in 1873 in Genf auf der Grundlage des Föderalismus

und ohne Mitwirkung der Autoritäten — der Freunde Marx — reorganisiert wurde, doch die letzteren, welche bekanntlich den in New York tagenden Generalrat als eigentlichen Vorstand des Vereins anerkennen, scheinen sich in noch mißlicheren Verhältnissen zu befinden. Kurz, die im Haag 1872 beschlossene Übersiedelung des Generalraths nach der neuen Welt hat der Internationale, wie die Gegner Marx geweihtagt hatten, den Gnadenstoß verlest, indem der beschlagene Be schlus des Congresses im Haag den Verein in zwei ohnmächtige Häuflein spaltete. Dazu kommen noch weitere Einflüsse, welche den jetzigen Verfall der Internationale hervorgerufen und wozu namentlich die Verpönung der Internationale in Frankreich und der allmählig mehr und mehr um sich greifende Indifferentismus der Arbeiter für die Beglückungslehren der Internationale gezählt werden müssen. Wie ich erfahre, sind aus Niederland 3, aus Spanien und England je 2 fallenen Krägen und den rothen Hosen gingen Arm in Arm mit unseren Theerjaden und zeigten ihnen die Kirchen und andere Merkwürdigkeiten der Stadt. Die Unteroffiziere aber hatten sofort ein Café Suijo ausfindig gemacht, in dem zwar kein Deutsch gesprochen wurde, aber eine schöne junge Tochter war von den Formen einer Niedendame. „Sehen Sie, dies Geschäft ist erst vierzehn Jahre alt! So was kann och nur in Spanien passiren“, bemerkte mir einer der Herren, der sich bei Belfort das Eisernen Kreuz erworben hat. Sie kamen gerade von einer Besichtigung des Forts auf dem Monte Orgullo zurück und waren nicht sonderlich erbaut von dem, was sie gesehen. „Nee, hieß es, „is das eine Kriegsführung? Sehen Sie, da stehen die Kerle auf allen Bergen und guden in die Stadt hinunter. Wären wir hier, Herr Doctor! Sehen Sie, noch heute wollten wir hinauf und die Kerle sollten heute Abend auf der Wache sind. Und an der anderen Seite. Dort ins Land hinein, werfen sie Schanzen auf, graben und kommen und gehen mit Ochsenkarren. Da mühten wir doch unsere Kanonen haben! Wir wollten sie wegblasen mit sammt ihren Karren. Nee, das is keine Arbeit nicht! Das ist ein Gier-Krieg. Sie bewerben sich mit Eiern und brauchen nicht einmal Städte.“ Auch die Haltung auf der Parade fand keinen Beifall. „Da trägt jeder sein Gewehr wie er will! Bei uns sieht man nur Eine Flinte. Aber das geht hier wie lauter Sabatotcher. Und die Soldaten und Offiziere bummeln ja den ganzen Tag herum!“

Dänemark.

Kopenhagen, 3. September. [Rechnungseinheit.] Unterm 1. d. M. ist vom Finanzministerium folgende Bekanntmachung erlassen worden, wodurch die Bestimmungen des Münzgesetzes, hinsichtlich der Einführung der neuen Rechnungseinheit in Erinnerung gebracht wird:

„Da die durch das Gesetz vom 23. Mai 1873 für die dänische Monarchie festgestellte Rechnungseinheit, die „Krone“, eingestellt in 100 Øre, mit Bezug auf die allerhöchste Revolution Sr. Majestät des Königs vom 20. Mai d. J. am 1. Januar 1875 eingeführt werden soll, hat das Finanzministerium es für richtig gehalten, schon jetzt daran zu erinnern, daß demzufolge vom 1. Januar 1875 an alle Zahlungspflichten in Kronenrappen lauten müssen. Von demselben Datum an soll desgleichen die Krone als Rechnungseinheit in allen Rechnungen und Aussertungen des Staates der Nationalbank und der Communen angewandt werden; dieser Verpflichtung ist ebenfalls jedes Institut oder jede Gesellschaft, welche von der Regierung concesionirt ist oder zufolge Gesetz oder Bewilligung Stempelbegünstigung geziichtet, unterworfen. Übertretungen werden mit Geldstrafen von 10—200 Kronen bestraft.“

Schweden.

Stockholm, 3. Sept. [Die statistische Commission.] Nachdem die permanente statistische Commission ihre Berathungen geschlossen, haben die Mitglieder derselben gestern einen Auszug nach Stockholm und heute nach Upsala gemacht. Am Sonntag besuchten sie Gripsholm, am Montag fand das zu Ehren derselben vom König gegebene Fest auf Drottningholm statt und am Dienstag waren die Statthalter zum Diner beim Minister Bergström eingeladen.

Provinzial-Beitung.

* * * Breslau, 9. Septbr. [Ascension.] Bekanntlich ist der frühere Subsenior an der Maria-Magdalenen-Kirche, Herr Weingärtner, zum Pastor der 11,000 Jungfrauen-Gemeinde gewählt worden. Am Sonntag besuchten sie Gripsholm, am Montag fand das zu Ehren derselben vom König gegebene Fest auf Drottningholm statt und am Dienstag waren die Statthalter zum Diner beim Minister Bergström eingeladen.

□ [Herr Dr. Carl Rudolf Friedenthal] zeigt in einem Circularschreiben an, daß er, wie bereits bekannt, seine in Breslau, Pest und Triest geführten Handelsniederlassungen an die Herren Adolf Grunwald, Wilhelm Leipziger und Friedrich Napp überlassen habe und zwar unter Hinwegfall der bisherigen Firma „Carl Friedenthal“, welche gleichzeitig in Liquidation tritt, um demnächst gänzlich zu erlösen.“ Dieser Schritt wird von Herrn Dr. Friedenthal mit folgenden Worten motiviert: „Der Umstand, daß die Verpflichtung mit den öffentlichen Angelegenheiten, welchen ich mich seit längerer Zeit gemidmet habe, meine volle Thätigkeit beansprucht, veranlaßt mich zu dem Entschluß, meinen industriell-commercialen Wirkungskreis aufzugeben.“

□ Breslau, 8. September. [Freisprechung wegen mangelnder Capacität.] Das Schwurgericht hatte schon zum zweiten Male gegen den Müllersegen Richter wegen wissenschaftlichen Meineids zu verhandeln, weil die Sache in dem ersten, im Juni d. J. angestandenen Audienztermine wegen der zweifelhaften geistigen Integrität des Angeklagten hatte verschoben werden müssen. Richter hatte vor dem Kreigericht zu Militär in einer Jurienproceßsache des Mauergeressel Kluge gegen den Freierster Krieger als Zeuge fungirt. Der Verklagte Krieger hatte Gegentlage wegen thätilicher Beleidigung erhoben, und da der Zeuge Richter eidiich aussagte, „Krieger sei in die Stub gekommen und habe sich auf die Bank gesetzt, der Kläger habe die Bank umgeworfen, so daß Krieger zur Erde gefallen sei und sich blutig geschlagen habe“, so compenzierte der Richter die Beleidigungen und wies die Klage ab. Nunmehr wurde Richter denuncirt, eidiich ein falsches Zeugnis abgelegt zu haben. Der Angeklagte hatte auch zugestanden, daß er weiter nichts gelebt habe, als daß auf einer Bank, und zwar an den beiden Enden derselben einerlei Krieger, andererseits ein gewisser Krieger gesessen habe, daß Krieger aufgestanden und in Folge dessen Krieger hinuntergestürzt sei und sich blutig geschlagen habe. Ganz naiv hatte er noch hinzugefügt, er habe seine Angaben deshalb gemacht, weil der Bruder des Kläger ihn geschlagen und ihm das Halstuch vom Halse gerissen habe. Diese Geständnisse geben schon ein Bild von der Capacität des Angeklagten. Auf Grund des sachverständigen Gutachtens des Sanitätsraths Dr. Paul, der den Angeklagten zwar nicht für seiner Geisteskräfte unmöglich, aber sehr beschränkt erklärte, beantragte der Staatsanwalt, Herr Dr. Grusman, selbst die Freisprechung des Angeklagten. Diesem Antrage traten die Geschworenen in ihrem Verdict bei.

□ Breslau, 8. September. [Freisprechung wegen mangelnder Capacität.] Das Schwurgericht hatte schon zum zweiten Male gegen den Müllersegen Richter wegen wissenschaftlichen Meineids zu verhandeln, weil die Sache in dem ersten, im Juni d. J. angestandenen Audienztermine wegen der zweifelhaften geistigen Integrität des Angeklagten hatte verschoben werden müssen. Richter hatte vor dem Kreigericht zu Militär in einer Jurienproceßsache des Mauergeressel Kluge gegen den Freierster Krieger als Zeuge fungirt. Der Verklagte Krieger hatte Gegentlage wegen thätilicher Beleidigung erhoben, und da der Zeuge Richter eidiich aussagte, „Krieger sei in die Stub gekommen und habe sich auf die Bank gesetzt, der Kläger habe die Bank umgeworfen, so daß Krieger zur Erde gefallen sei und sich blutig geschlagen habe“, so compenzierte der Richter die Beleidigungen und wies die Klage ab. Nunmehr wurde Richter denuncirt, eidiich ein falsches Zeugnis abgelegt zu haben. Der Angeklagte hatte auch zugestanden, daß er weiter nichts gelebt habe, als daß auf einer Bank, und zwar an den beiden Enden derselben einerlei Krieger, andererseits ein gewisser Krieger gesessen habe, daß Krieger aufgestanden und in Folge dessen Krieger hinuntergestürzt sei und sich blutig geschlagen habe. Ganz naiv hatte er noch hinzugefügt, er habe seine Angaben deshalb gemacht, weil der Bruder des Kläger ihn geschlagen und ihm das Halstuch vom Halse gerissen habe. Diese Geständnisse geben schon ein Bild von der Capacität des Angeklagten. Auf Grund des sachverständigen Gutachtens des Sanitätsraths Dr. Paul, der den Angeklagten zwar nicht für seiner Geisteskräfte unmöglich, aber sehr beschränkt erklärte, beantragte der Staatsanwalt, Herr Dr. Grusman, selbst die Freisprechung des Angeklagten. Diesem Antrage traten die Geschworenen in ihrem Verdict bei.

□ Ramsau, 8. September. [Zum Küssinger Attentat.] Der nach Nr. 415 d. Ztg. wegen seiner angeblichen Gemeinschaft mit Kullmann in Torgau verhaftete Friedrich Leibmeier ist allerdings hierorts, wo sein Vater Nachtwächter war, am 10. März 1836 geboren, hat die hiesige katholische Stadtschule besucht, ist später bei einem hiesigen Schmiedemeister in die Lehre gegangen, dann aber von hier ausgewandert und nicht mehr als ortsbürglich zu betrachten, obwohl hierorts noch seine Mutter und eine Schwester, beide in den drückendsten Verhältnissen leben. Friedrich Leibmeier hat bei der dritten zwölfsündigen Batterie des Brandenburgischen Artillerie-Regiments Nr. 3 seiner Militärfreiheit genügt, ist dort nach oftmaligen kleineren Vorbestrafungen im Jahre 1860 wegen einfachen Diebstahls mit 5 Wochen Mittel-Arrest, Verbesserung in die 2. Klasse des Soldatenstandes und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf ein Jahr, ferner im Jahre 1865 durch das hiesige Kreisgericht wegen unerlaubten Auswandern mit 50 Thlr. Geldbuße oder 1 Monat Gefängnis bestraft worden und hat bisher ein sehr bewegtes abenteuerliches Leben geführt. Er ist hier wiederholt zum Besuch und zwar bald als Matrose, bald als „Techniker“ erschienen, hat nobel gelebt, seiner armen Mutter aber nichts gegeben und Orden getragen, zu denen er gar nicht berechtigt war. Daß er zu Kullmann und zu dem Küssinger Attentat in irgend welcher Beziehung steht, glaubt hier Niemand, denn obwohl Leibmeier Katholik ist, steht er seiner Kirche doch ganz fremd gegenüber und ist am allerwenigsten Fanatiker. Aber er ist ein Industrie-Ritter erster Größe, der auf die Leichtgläubigkeit der Geistlichen spekulirt und möglicherweise an der Arbeitsstelle ausgeführt werden? 2) Ueber die politische Rolle

1) Wer soll dem öffentlichen Dienst der neuen sozialen Einrichtung vorstehe und wie soll derselbe ausgeführt werden? 2) Ueber die politische Rolle der Arbeiterklasse. 3) Empfiehlt es sich nicht, daß der gegenwärtige Universal-Congréß ein Manifest an sämmtliche Arbeiter und Arbeitervereine richtet, um denselben den Charakter der im Schoße der Internationale stattgefundenen Kämpfe und die Grundlagen klar zu legen, auf welchen die Organisation unseres Vereines beruht? 4) Empfiehlt es sich nicht, eine einzige Sprache für den Briefwechsel zwischen den Abtheilungen zu wählen?

für verpflichtet erachtet, diesen Brief alsbald urschriftlich dem Herrn Oberpräsidenten zu übermitteln und hat von diesem dafür ein Anerkennungsschreiben erhalten. Nach Torgau wird dagegen die Requisition um Verhaftung des p. Leibmeier ergangen sein, über welchen durch den Untersuchungs-Richter bei der hiesigen Polizei-Verwaltung auch bereits die erforderlichen Recherchen erhoben worden sind.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Septbr. 8. 9.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	332 ⁰ 22	332 ⁰ 35	332 ⁰ 31
Luftwärme	+ 16° 4	+ 13° 1	+ 9° 1
Dunstdruck	3 ⁰ 57	4 ⁰ 12	3 ⁰ 81
Dunstättigung	45 pCt.	68 pCt.	86 pCt.
Wind	SW. 1	W. 0	SW. 1
Wetter	bedeckt	bedeckt	heiter.
Wärme der Oder		6 Uhr Morgens + 13° 1.	

Breslau, 9. Sept. [Wasserstand.] O. P. 4 M. 10 Em. U. P. — M. — Em.

Berlin, 8. September. Der Sturm in der Haute hat sich zum Theil gelegt und mag es nicht unwahrscheinlich sein, daß die Vorgänge in Spanien denn doch besonders ängstliche Geschäftslute zur Vorsicht bezüglich des Eintritts neuer Engagements drängen. Im Allgemeinen erhält sich indeß die Hauteströmung, wenn auch zwischendurch eine mäßige Abflübung sich Bahn bricht, wie wir dies namentlich heute bei Beginn des Verkehrs wahrnehmen könnten. Erstaunlich möchte es wirken, daß man wissen wollte, ein Theil der neuen österreichischen Anleihe sei bereits placirt, und ist die 1 Prozent Haute in Türkei wohl darauf zurückzuführen, jedenfalls ging der Impuls für diese von London aus. Von den österreichischen Speculationspapieren zeigten sich Credit wie Lombarden allerding noch recht rege, indeß erzielten beide Papiere nicht vollständig den höchsten Kours des Vorages; in Franzosen bezeichnet sich das Zurückbleiben hinter diesem, bei vorhandener Vernachlässigung, stärker als bei den vorgen

Berliner Börse vom 8. September 1874.

Wechsel-Courses.

Amersterdam	250FL	T. 37	143½ bz
do. do.	2 M. 37	142½ bz	
Augsburg	100 FL	2 M. 4½	56,20 G
Frankf. M. 100FL	2 M. 37	—	
Leipzig	100 Thlr.	8 T. 4½	99½ G
London	1 Lst.	—	62½ bz
Paris	300 Frca.	8 T. 4	91½ bz
Potsdamer	3 M. 51	93½ bz	
Warschau	90 SE.	8 T. 5	94½ G
Wien	150 Fl.	8 T. 5	92½ bz
do.	—	2 M. 5	92½ bz

Fonds- und Geld-Courses.

Preisw. Staats-Anleihe	4½	—
Staatl.-Anl. 4½	105½ bz	
do. consolid.	105½ bz	
do. 4½%	105½ bz	
Staats-Schuldscheine	3½	93½ bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	129 G
Berliner Stadt-Oblig.	4½	103½ G
Berliner	4½	101½ bz
Pommersche	4½	87½ G
Posensoche	4½	95½ bz
Schlesische	3½	86½ G
Kur. u. Neumärk.	4½	99½ G
Pommersche	4½	98½ G
Posensche	4½	98½ bz
Preussische	4½	99½ bz
Westfäl. u. Rhen.	4½	98½ bz
Sachsenische	4½	98½ bz
schlesische	4½	98½ bz
Badische Präm.-Anl.	4½	119½ G
Baierische 4½ Anleihe	4½	120 G
Gölin-Mind. Prämienisch	3½	106½ bz

Hypotheken-Certificates.

Schles. Bodenr. Pfndbr.	5	101½ bz
do. do.	4½	95½ G
Königr. Ost-Bd. Cr.	4½	100½ G
Uenk. do. (1872)	5	102½ bz
do. rückba.	5	107 G
do. do. do.	4½	99½ G
Unk.H.J.Pd. Bd.-Cr.	5	102½ G
do. III. Em. do.	5	101 bz
Königr. Hyp. Schuld.-do.	5	99½ G
Königr. Nord-G.-C.B.	5	101½ bz
Pomm. Hypoth.-Briefe	5	105 bz
Goth. Präm.-Fl. I. Em.	5	107½ bz
do. II. Em. 5	105 bz	103½ bz
do. 5% F.krlbrm. 10	5	103½ bz
do. 4½% do. m. 10	4½	94½ bz
Moingr. Präm.-Pfd.	4½	102 bz
Oest. Silberpfndbr.	5½	—
do. Hyp. Crd.-Pfd.	5	—
Pfd. d. Oest.-Bd. Cr.-G.	5	87½ bz
Südd.-Bd. Crd.-Pfd.	5	102½ G
Wien. Silberpfndbr.	5½	—
Krupp'sche Partial-Obl.	5	99½-100½ bz

Ausländische Fonds.

Gest. Silberrente	4½	69½ bz
do. Papierrente	4½	66½ bz
do. Loit.-Anl. v. 65	5	109½ bz
do. 65er Präm.-Anl.	4	111½ bz
do. Credit-Losse	—	117½ bz
Zus. Präm.-Anl. v. 64	5	154½ bz
do. do.	1886	153 bz
do. Bod.-Cred.-Pfd.	5	90½ bz
Eins.-Pol. Schatz.-Obl.	4	87½ bz
Pola. Pfandbr. III. Em.	4	80½ G
Pohn. Liquid.-Pfd.	4	69 B
do. Silberpfndbr.	5½	—
do. Hyp. Crd.-Pfd.	5	—
Pfd. d. Oest.-Bd. Cr.-G.	5	87½ bz
Südd.-Bd. Crd.-Pfd.	5	102½ G
Krupp'sche Partial-Obl.	5	99½-100½ bz

Eisenbahn-Priovatis-Aktionen.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	101½ G
do. III. v. St. 31/4	3½	86 bz
do. do. VI. 1/2	5	100½ G
do. Nordbahn	5	103½ G
Berlin-Görlitz	5	—
do. do.	4½	100 B
Breslau-Freib. I. 4½	100½ G	
do. do. B.	4½	100½ G
do. do. H.	4½	100½ G
do. do. IV.	4½	—
Überschles.	4½	—
do. B. . . .	3½	—
do. C. . . .	4	—
do. D. . . .	4	—
do. E. . . .	3½	86½ B
do. F. . . .	4½	101½ B
do. G. . . .	4½	101 B
do. H. . . .	4½	101½ bz
do. von 1873.	4	103½ G
do. Brieg Neisse	4½	93½ B
Cosel-Oderb. (Wilh.)	4½	95½ G
do. do.	4½	—
do. do.	4½	—
do. do.	5	103½ G
do. do. Stargard-Posen	4	94½ G
do. do. II. Em.	4½	101 G
Niedzsch. Ztg. Lit. O.	4	—
do. do. D.	4	—
Usprouss. Südbahn	5	104½ G
Rüchitz-Oder-Ufer-B.	5	103½ bz
Scieszew. Eisenbahn.	4½	100 G
Chemnitz-Komataz.	5	72½ B
Bux-Bodenbach.	5	86½ bz
do. II. Emission.	5	79½ bz
Frag-Dux.	fr.	41 G
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	98½ B
do. do. neue	5	96½ B
Maschau-Oderzeg.	5	83½ bz
Ung. Nordostbahn.	5	71½ bz
Emberg-Okerowitz.	5	75½ bz
do. do. III.	5	84½ bz
do. do. IV.	5	78 bz
Chomitz-Komataz.	5	72½ B
Bux-Bodenbach.	5	86½ bz
do. II. Emission.	5	79½ bz
Frag-Dux.	fr.	41 G
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	98½ B
do. do. neue	5	96½ B
Maschau-Oderzeg.	5	83½ bz
Ung. Nordostbahn.	5	71½ bz
Emberg-Okerowitz.	5	75½ bz
do. do. III.	5	84½ bz
do. do. IV.	5	78 bz
Mährisch. Grenzbahn.	5	75½ bz
Mähr.-Schl. Centralbahn.	fr.	33½ G
Zgorz. Rudolph.-Bahn.	5	87½ bz
Oester.-Französische	3	318½ bz
do. neue	3	314 bz
do. südl. Staatsbahn	3	254 bz
do. neue.	3	254 bz
do. Obligationen.	5	874½ bz
Warschau-Wien II.	5	99½ B
do. III.	5	98½ G
do. IV.	5	97½ bz
Bank-Dicount	4 pr.Ot.	—
Lombard-Zinstaus	5 pr. Ct.	—

Bank-Dicount 4 pr.Ot.

Lombard-Zinstaus 5 pr. Ct.

Eisenbahn - Stamm - Actionen.

Divid. pro 1872

1873 24.

Eisenbahn - Stamm - Actionen.

Divid. pro 1872

1873 24.

Eisenbahn - Stamm - Actionen.

Divid. pro 1872

1873 24.

Eisenbahn - Stamm - Actionen.

Divid. pro 1872

1873 24.

Eisenbahn - Stamm - Actionen.

Divid. pro 1872

1873 24.

Eisenbahn - Stamm - Actionen.

Divid. pro 1872

1873 24.

Eisenbahn - Stamm - Actionen.

Divid. pro 1872

1873 24.

Eisenbahn - Stamm - Actionen.

Divid. pro 1872

1873 24.

Eisenbahn - Stamm - Actionen.

Divid. pro 1872

1873 24.

Eisenbahn - Stamm - Actionen.

Divid. pro 1872

1873 24.

Eisenbahn - Stamm - Actionen.

Divid. pro 1872

1873 24.

Eisenbahn - Stamm - Actionen.

Divid. pro 1872

1873 24.

Eisenbahn - Stamm - Actionen.